

Antrag-Nr.: 13  
zu TOP: 7  
Rasterpkt.: Allg. Gesundheitspolitik

## A N T R A G

### zur Hauptversammlung vom 7. bis 9. Oktober 2010 in Erfurt

Antragsteller: Landesvorstand

---

Landesverband: Schleswig-Holstein

---

Headline: Gemeinsamer Bundesausschuss

---

Auswirkungen auf den Haushalt  
(unmittelbar erkennbar): keine

---

#### **Wortlaut des Antrages:**

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert den Ge-  
2 setzgeber auf, die Aufgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses der Ärzte und  
3 Krankenkassen neu zu bestimmen und auf das unbedingt erforderliche Maß zur  
4 Konkretisierung der Leistungsansprüche gesetzlich Versicherter zu begrenzen.

5

#### **Begründung:**

7 *Der Gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen hat sich in den*  
8 *vergangenen Jahren zu einer Art Nebengesetzgeber entwickelt.*

9 *Er bestimmt zunehmend und in einem ihm nicht zgedachten Ausmaß die Erbrin-*  
10 *gung ärztlicher und zahnärztlicher Leistungen in der GKV.*

11 *Bürokratisierte Zwangsbildung und bürokratisierte Qualitätssicherungsmaßnah-*  
12 *men verursachen immense Kosten ohne jeglichen Nachweis des Nutzens.*

13 *Die jetzt vorgesehene Schaffung neuer Behörden und neuer Datensammlungen zur*  
14 *„einrichtungs- und sektorenübergreifenden Qualitätssicherung“ ist das Gegenteil von*  
15 *Entbürokratisierung, sondern ein Beispiel für sich selbst perpetuierenden Bürokra-*  
16 *tismus.*

**Abstimmung:** bei einigen wenigen Enthaltungen angenommen